

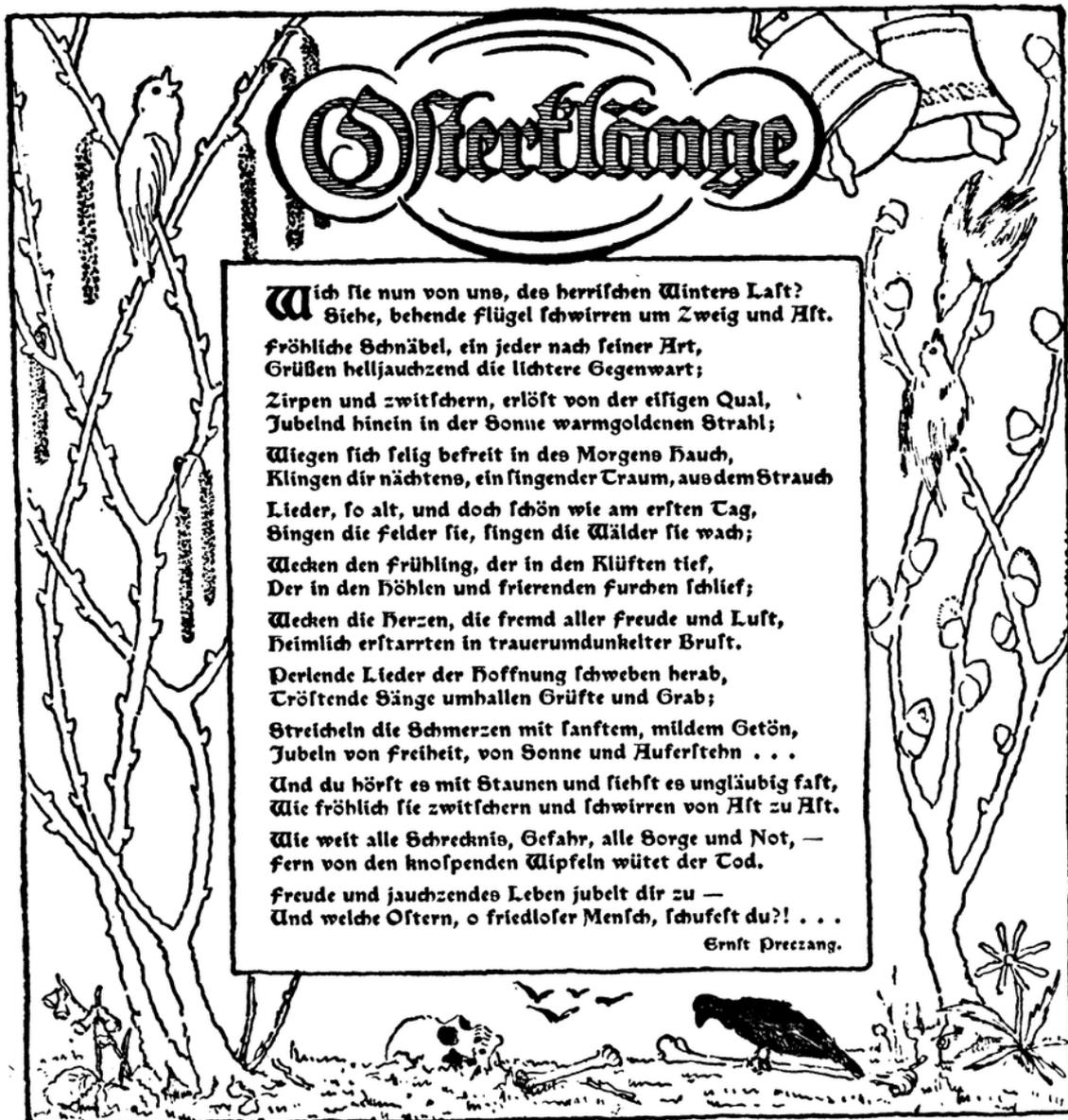
Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher: Amt Köpen Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Außerbetriebliche sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164



Wich Sie nun von uns, des herrischen Winters Last?
Siehe, behende Flügel schwirren um Zweig und Ast.

Fröhliche Schnäbel, ein jeder nach seiner Art,
Grüßen helljauchzend die lichtere Gegenwart;

Zirpen und zwitschern, erlöst von der eisigen Qual,
Jubelnd hinein in der Sonne warmgoldenen Strahl;

Wiegen sich selig befreit in des Morgens Hauch,
Klingen dir nächtens, ein singender Traum, aus dem Strauch

Lieder, so alt, und doch schön wie am ersten Tag,
Singen die Felder sie, singen die Wälder sie wach;

Wecken den Frühling, der in den Klüften tief,
Der in den Höhlen und frierenden Furchen schlief;

Wecken die Herzen, die fremd aller Freude und Luft,
Heimlich erstarrten in trauerumdunkelter Brust.

Perlende Lieder der Hoffnung schweben herab,
Tröstende Sänge umhüllen Gräfte und Grab;

Streicheln die Schmerzen mit sanftem, mildem Getön,
Jubeln von Freiheit, von Sonne und Auferstehn . . .

Und du hörst es mit Staunen und siehst es ungläubig fast,
Wie fröhlich sie zwitschern und schwirren von Ast zu Ast.

Wie weit alle Schrecknis, Gefahr, alle Sorge und Not, —
fern von den knospenden Wipfeln wütet der Tod.

Freude und jauchzendes Leben jubelt dir zu —
Und welche Ostern, o friedloser Mensch, schufest du?! . . .

Ernst Preetzang.

Bericht der Generalkommission über das Jahr 1916.

Dem Jahresbericht der Generalkommission entnehmen wir folgendes:

Ueber die gesamte Tätigkeit der Generalkommission kann erst nach Kriegeschluss ein Bild gegeben werden. Die Zahl der Verhandlungen mit den verschiedenartigsten amtlichen Stellen in Reich, Staat und Gemeinden und mit zahlreichen privaten Organisationen über die im Interesse der Arbeiterkraft zu treffenden Kriegsmassnahmen ist mit der längeren Dauer des Krieges erheblich gewachsen. Niemand konnte annehmen, daß für den Krieg auch nach dreijähriger Dauer noch kein Abschluß in Aussicht stehen würde. Man hat anfangs mit einer Dauer von 8 bis 10 Monaten gerechnet. Gegenwärtig erscheint durch den zu befürchtenden Eintritt weiterer Staaten in den Krieg die Aussicht auf baldige Beendigung gering, wenn auch die Hoffnung besteht, daß die Verschärfung der Kriegsmassnahmen und die wirtschaftliche Notlage einige Entente-Länder dem Frieden geneigter machen könnten.

Die Arbeiterklasse Deutschlands hat Schweres während der Kriegszeit und besonders in den letzten Wochen ertragen. Die Not zu lindern, war Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen. Es darf gesagt werden, daß sie auf das äußerste bemüht waren, diese Pflicht zu erfüllen. Mag auch der unmittelbare Erfolg gering erscheinen, so ist doch die Frage berechtigt, was geschehen wäre, wenn die Gewerkschaften nicht so gehandelt hätten. Wäre ihren Anforderungen kein rechtzeitig Folge gegeben, so hätte die Notlage weiterer Bevölkerungsteile nicht den gegenwärtigen Umfang annehmen können. Auf fortgesetztes Drängen der Organisationen sind viele ihrer Vorschläge zur Durchführung gelangt, aber stets zu spät. Trotzdem darf aus diesem Grunde die bisherige Arbeit nicht aufgegeben oder vermindert werden, nicht weil durch sie den verantwortlichen Stellen eine Erleichterung geschaffen werden soll, sondern weil sie im Interesse der Arbeiter geboten ist.

Die Generalkommission war bemüht, bei dieser ihrer Tätigkeit möglichst weite Kreise der organisierten Arbeiter und Angestellten zur Mitarbeit heranzuziehen. Im Berichtsjahre sind zahlreiche Eingaben von den Zentralstellen aller Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen gemeinsam gemacht worden, und es haben auch gemeinsame Konferenzen auf Einladung sämtlicher Zentralstellen stattgefunden, so die Konferenz zur Beratung der Kriegsbeschädigtenfürsorge am 23. August 1916 in Köln und die zur Beratung des Hilfsdienstgesetzes am 12. Dezember 1916 in Berlin.

Die Vereinsgesetznovelle ist am 3. Juni 1916 vom Reichstag verabschiedet und Gesetz geworden. Ueber den Wert und die Bedeutung des Gesetzes wurde in einer in Gewerkschaftskreisen verbreiteten Broschüre berichtet. Es zeigt sich schon jetzt, daß für die Gewerkschaften mit diesem Gesetz eine Erleichterung ihrer Tätigkeit herbeigeführt worden ist.

Auch das Hilfsdienstgesetz ist in einer besonderen Broschüre behandelt worden. Das Gesetz entspricht nicht den Wünschen der Gewerkschaften; es hat jedoch schließlich eine Fassung erhalten, die es auch den Gewerkschaftsvertretern, die als Reichstagsabgeordnete ihre Stimme abzugeben hatten, ermöglichte, für das Gesetz zu stimmen.

Im Bericht für 1915 sind die Verhandlungen bezüglich der Sicherung des gewerkschaftlichen Vereinigungsrechts der Eisenbahner näher geschildert worden. Nach erneuten Verhandlungen kam eine Vereinbarung zustande, von der beide Teile annehmen, daß sie ihren Standpunkt wahrte.

Die Arbeiten der Kommission zur Beratung der Ausgestaltung des Arbeiterrechts nach dem Krieg haben ihren Fortgang genommen. Die erste dieser Arbeiten, „Koalitionsrecht und Strafrecht“, ist von der Gesellschaft für soziale Reform herausgegeben und den Gewerkschaften zum Anlauf empfohlen.

Die internationale gewerkschaftliche Verbindung ließ sich in den beiden letzten Jahren nur mit den neutralen Ländern aufrechterhalten. Den Anforderungen, den Eid des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Deutschland in ein neutrales Land zu verlegen, konnte nicht Folge gegeben werden, weil die Sicherung nur von einer internationalen Gewerkschaftskonferenz beschlossen werden kann. Es ist zweimal vergeblich versucht worden, eine solche einzuberufen.

Der Kassenbericht für das Jahr 1916 weist an Gesamteinnahmen 400 181,56 Mk. und an Gesamtausgaben 440 840,15 Mk. auf. Es erbringt sich somit ein Abschlag von 40 658,59 Mk., wovon 3000,08 Mk. auf das Unterstützungsfonds entfallen. Der Bestand des

letzteren beträgt 88 219,01 Mk. und das Vermögen der Generalkommission 336 217,28 Mk.

Das „Correspondenz-Blatt“ mußte auch im Berichtsjahre mit dem früher eingeschränkten Umfang fürnehmnen. Die Auflage des „Corr.-Blattes“ betrug Ende 1916: 27 000 gegen 28 200 am Schlusse der vorherigen Berichtsperiode.

Von der Generalkommission sind im verfloffenen Jahre folgende Schriften herausgegeben: P. Umbreit: „Soziale Arbeiterpolitik und Gewerkschaften“, Auflage 7000. „Die Vereinsgesetznovelle von 1916“, Auflage 20 000. „Die Gewerkschaften und die Politik des 4. August 1914“, Auflage 175 000. „Gesetz betreffend den wasserländischen Hilfsdienst“, 1. Auflage 19 000. — Außerdem wurden durch die Generalkommission vermittelt: Dr. Schiff: „Internationale Studien über den Stand des Arbeiterchutzes bei Beginn des Weltkrieges“, 350 Exemplare. Peer: „Die Geschichte des Sozialismus in England“, 310 Exemplare.

Die Sozialpolitische Abteilung ist neben ihrer Aufgabe der Materialsammlung besonders durch sozialpolitische Kriegsfragen in Anspruch genommen worden.

Die Veränderungen in den Industrien, die wegen Mangels an Rohstoffen zur Einschränkung des Betriebes genötigt sind, hat sozialpolitisch wichtige Neuerungen gebracht, die seit langem zu den Forderungen der Gewerkschaften gehören.

Für die Getreidewirtschaft steht die Regelung der Lohnfrage in dem Vordergrund.

Das Sekretariat für Bauarbeiterschutz hat seine Tätigkeit besonders den öffentlichen und Industriebauten zugewendet.

Die Monopolfrage wurde in einer Studienkommission eingehend behandelt, wobei es sich im wesentlichen darum handelte, gegenüber der übermäßig entwickelten wirtschaftlichen Machtstellung der Monopolindustrien Sicherheiten für die Rechtsstellung der Arbeiter im Arbeitsvertrag und für ihre sozialpolitischen Anforderungen zu verlangen.

Die Frage der Uebergangswirtschaft hat zur Aufstellung und Aermulierung einer Reihe von Forderungen geführt, die noch weiter beraten und dann an die zuständigen Stellen gestellt und vertreten werden müssen. Auch für die Aufstellung eines Programms unserer sozialpolitischen Forderungen nach dem Kriege sind die Vorarbeiten im Gange.

Die Lebensmittelversorgung ist dauernd Gegenstand sehr umfangreicher Arbeiten gewesen. Sowohl in der Presse wie im Kriegsernährungsamt und im Reichsamt wurden die Mängel der Organisation und die ungleiche Verteilung wichtiger Nahrungsmittel kritisiert. Manche unserer Anforderungen wurden erfüllt. Wenn die Sorgen um die Beschaffung der notwendigen Nahrungsmittel nicht geringer, sondern erheblicher geworden sind, so liegt das nicht allein an dem Mangel der Organisation, sondern auch an dem Versagen der Produktion. Die Landwirtschaft ist bei allen Bemühungen, die Leistungsabfähigkeit aufrechtzuerhalten, leider nicht in der Lage, den Bedarf zu decken. Das ist eine Tatsache, deren Wirkung auch durch die beste Organisation nicht beseitigt werden kann. Hier tauchen fortgesetzt neue Probleme auf, Hindernisse, die aus der Tendenz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung entspringen, die uns immer wieder Anlaß geben, mit allem Nachdruck die Interessen der Arbeiter zu vertreten, die an einer geordneten, gleichmäßigen Verteilung der Lebensmittel, einer Erhöhung der Produktion und einer Verringerung der Preissteigerungen interessiert sind.

Das Arbeiterinnensekretariat berichtet von einer erheblichen Inanspruchnahme seiner Sekretärin in den Organisationen der Kriegsursorge, insbesondere für die Kriegsbeschädigten und Kriegsgeheimdienstlichen. Die „Gewerkschaftliche Neuausstattung“ erscheint jetzt in einer Auflage von 92 000 Exemplaren.

Das Zentralarbeitersekretariat verzeichnet eine Abnahme der Zahl der ihm zur Vertretung überwiesenen Sachen: 1916: 825, 1915: 1060, 1914: 1397, 1913: 2125, 1912: 2343.

Die Mehrzahl der Sachen fand beim Reichsversicherungsamt die endgültige Erledigung, nämlich in 819 Fällen.

Der nun schon zu einer über zehnjährigen Amtsdauer der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts führende Zustand der nicht vollzogenen Wahlen auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung hat auch im letzten Jahre keine Änderung erfahren. Im Gegenteil sind die Wahlen wiederum hinausgeschoben, diesmal zweckmäßigerweise bis zum Ablauf des auf die Beendigung des Krieges folgenden Jahres.

Groß-Berlin im Jahre 1916.

Der für die Ernährung einer vierköpfigen Familie in Groß-Berlin notwendige Geldbetrag stieg nach Calwer vom Ende des Jahres 1915 bis Ende 1916 von 41,97 Mk. auf 52,98 Mk. pro Woche. Diese Tatsache feststellen bedeutet zugleich die Maßlinien für unsere gesamte Tätigkeit im vergangenen Jahre angeben. Um rund 11 Mk. war der für die Beschaffung des Wochenbedarfs an Lebensmitteln notwendige Geldbetrag gestiegen und das besagt alles. Was bleibt uns zu tun übrig, welche vornehmlichere Aufgabe hätten wir uns stellen können als die, die Bargeldbezüge entsprechend zu erhöhen. Und wenn auch der Dichter singt: „Das Leben ist der Oken höchstes Nicht“, so ist das eben nur ein Dichter; wir Wirklichstenern können vermögen das Verborgene erst recht nicht als „höchstes Glück der Erdenkinder“ anzusehen und haben uns auch nach Strafen bemüht, unsere Kollegen vor dem Verhungern zu schützen.

Nachdem bereits in den Monaten Januar und Februar die Arbeitersauschüsse in den einzelnen Betrieben wegen der weiteren Erhöhung der Teuerungszulagen vorheilig geworden waren, ein befriedigendes Ergebnis aber nicht erzielen konnten, richtete die Ortsverwaltung am 21. März 1916 ein umfangreiches, ausführlich begründetes Gesuch an den Magistrat um Gewährung einer weiteren allgemeinen Zulage. Der Erfolg war, daß ab 1. Juni 1916 alle Arbeiter und Handwerker mit einem Friedenslohn von weniger als 33 Mk. pro Woche 7½ Pf., und die mit mehr als 33 Mk. Wochenlohn sowie die Arbeiterinnen 5 Pf. pro Stunde Zulage erhielten. Gleichzeitig wurde die allgemeine monatlich zahlbare Teuerungszulage ab 1. Juli in der Weise geändert, daß Ledige 10 bis 12 Mk., Verheiratete 15 Mk. und für jedes Kind 5 Mk. pro Monat erhielten. Ein Schritt vorwärts war damit getan, aber in einzelnen Betrieben, z. B. Kanalisation, Straßenreinigung und Stempelplättchen dauerte es bis zum Herbst, ehe die Zulage zur Auszahlung gelangte. Die Verwaltung der Straßenreinigung konnte es sich sogar leisten, die Zulage erst ab 1. September zu gewähren, während die Kanalisation doch wenigstens die Nachzahlung ab 1. Juni leistete und jedem pro Tag 10 Pf. mehr als die Straßenreinigung gewährte. Für den Nichtkenner der Berliner Verhältnisse sei zur Erklärung dieser auffällenden Tatsache bemerkt, daß die Straßenreiner nicht mangelhaft organisiert sind. Und dies Ratum erklärt alles! Der „Verein der Berliner Straßenreiner“, der vielleicht ganz gute Absichten, aber naturgemäß keinerlei gewerkschaftliche Aktionsfähigkeit besitzt, läßt sich von Zeit zu Zeit vom Herrn Direktor Höhe ins Ohr setzen und so kann der Allgewaltige nach dem Grundtag „Teile und herrsche“ halten und walten. Die Kollegen sind erschöpft; leider müssen auch unsere organisierten Kollegen darunter leiden.

So wie die Teuerungsbewegung keinen Stillstand kannte, so auch unser Verlangen um Erhöhung der Teuerungszulagen. Bereits am 1. November gelang es in den Wasserwerken, eine weitere Zulage um 10 Pf. pro Stunde und ab 15. November in den Gas- und Elektrizitätswerken eine gleiche Zulage durchzusetzen. In den Elektrizitätswerken ging das nicht so glatt,

da versuchte man es erst etwas billiger zu machen, indem allgemein 5 Pf. und den Schwerverarbeitern 7½ Pf. pro Stunde gewährt wurde. Erst nach und nach setzte sich auch hier die Zulage von 10 Pf. allgemein durch. Ab 1. Dezember wurde nun auch die allgemeine monatlich zahlbare Zulage für Ledige auf 12 bis 15 Mk. und für Verheiratete auf 25 Mk. und für jedes Kind unter 16 Jahren auf 5 Mk. pro Monat erhöht. Diesmal kommen aber Kinder in unbeschränkter Zahl zur Berücksichtigung, während vor dem mehr als 6 Kinder als unverantwortlicher Luxus betrachtet und demgemäß für die überschüssige Kinderzahl nichts gewährt wurde. Auch werden jetzt Kinder bis zum vollendeten achtzehnten Jahre berücksichtigt, soweit sie von den Eltern noch unterhalten werden. Soweit konnten wir also mit unseren Erfolgen wenigstens einigermaßen zufrieden sein, wenn — nun wenn nicht in den Heil- und Pflegeanstalten alles so ziemlich beim alten geblieben wäre. Den Leidensweg zu schildern, den dieses Personal zu durchreiten hatte und leider noch hat, ist ein besonderes Kapitel, das soll im Jahresbericht der Filiale ausführlich geschrieben werden. Hier sei nur bemerkt, daß a. W. die gesamte Erhöhung der Teuerungszulage für das Pflegepersonal, das kinderlos ist, seit dem 1. April 1915 bis Ende Dezember 1916 sage und schreibe ganze 2 Mk. pro Monat beträgt. Die mit Kindern gesegneten Familien haben eine etwas auskömmlichere, wenn auch ungenügende Erhöhung ihrer Bezüge erfahren.

Es zum 1. Dezember 1916 war es möglich, auch den Familien der im Felde stehenden Kollegen die Teuerungszulagen in Höhe von 50 bis 75 Prozent zuzuführen. Von der letzten Zulage wurden diese Familien nicht betroffen, wohl aber kommt ihnen die Erhöhung der Reichsunterstützung zugute.

Neben der Erhöhung der Bargeldbezüge ging unser Verlangen, die Ernährungsmitteln zu lindern einber. Bereits im Hochsommer und im Herbst 1916 wurden von uns entsprechende Anträge an die einzelnen Verwaltungen und auch an den Magistrat gerichtet. Unieren anderwärtigen Bemühungen ist es gelungen, auch hier einige Verbesserungen zu erzielen. So bei der Frage der Entlohnung, welche Gruppen als Schwer- und Schwerverarbeiter zu bewerten sind. Ferner war es uns möglich, einigemal Matrosen, Döringe, Fleischkonerven, Gemüse und Süßfrüchte unseren Kollegen zuzuführen. Daß es durchaus nicht zureichend war und ist, liegt auf der Hand. Der Grund dafür möge man in der allgemeinen Knappheit, zum Teil in der Panikerei der geldbesitzenden Oberabsichten und nicht zuletzt in der mangelhaften Organisation der Verteilung suchen. Herr Fritz Meuter sagte ja schon im „Eifelbräu“, die große Armut kommt von der „Korvortee“!

Auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge war es uns gleichfalls möglich einiges zu erreichen, worüber wir schon ausführlicher in der „Gewerkschaft“ berichtet haben. Es wurde eine sogenannte „Arbeitsgemeinschaft“ mit dem Magistrat geschlossen, in der leider nicht die Berufsorganisation, unser Verband direkt, sondern nur indirekt durch die Arbeitersauschüsse, den Kontrahenten bildete. Jeder Arbeitersauschuss hat einen Vorsitzenden und einen Ertragmann gewählt, der bei einem den betreffenden Betrieb angehenden Streitfall vom Beirat hinzugezogen werden

Zum Auferstehungsfeste.

Darf man in diesen Tagen von Auferstehung sprechen? In dieser Zeit, da die angeblich kultiviertesten Menschen ihr ganzes Können, ihre ganze Kraft darauf richten, einander vom Erdboden zu tilgen, und der größte Teil der Europäer — unter vielfacher Jubelstimmung von „Menschennmaterial“ aus allen anderen Erdteilen — entweder zu Toten oder zu Totengräbern wurde? Zu dieser Stunde, da die Hölle, die das bekanntlich „vernünftigste Wesen der Erde“ auf diesem Planeten schuf, emporklammert zu rasenden, alles verzehrenden Flammen?

Darf man in dies wütende Loben fesselloser Urinstincte einen friedlichen Ton senden, der keine Fanfare zum Dreinhauen ist, sondern ein Gruß an die Zukunft, die ja trotz allem und allem jenseits dieses Krieges winkt und die dann freigewordenen Kräfte der Nationen zu wesentlich anderen Aufgaben als denen der Vernichtung mobil machen wird —?

Niemand kann sagen, was noch übrig sein wird, wenn diese furchtbarste Verirrung, dieser selbstmörderische Wahn der Menschheit einmal erlischt. Niemand weiß heute, wo der letzte Grabhügel sich wölben, wo die letzte Ruine ihre brandgeschwärzten Mauerreste anklagen zum Himmel strecken wird, wo die dröhnende Stimme des letzten Mörders, der letzte Hall ratternder Gewehre ertönen werden. Und keiner kann es wissen, wieviel heiße Planken nach noch auf dem Wasser schwimmen, die in sicherer Fahrt die wieder geöffneten Ozeane durchqueren, um die Erzeugnisse friedlicher Wertigkeit davonzuführen

und Früchte und andere Gaben aus fremden Zonen heimbringen zu können.

Nur das eine erscheint leider gemiß: die Zeit nach diesem Kriege wird, wenn auch nicht mehr blutrot, darum doch nicht rosenrot sein. Zwar sind heute schon mannigfache Kräfte am Werke, um dem Gange sowohl der wirtschaftlichen wie politischen Entwicklung die Wege vorzuzeichnen. Zwar existieren bereits Körperschaften, die darauf fassen sollen, wie die unausbleiblichen Erschütterungen, die bei der Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft zu erwarten sind, am besten aufgefangen und womöglich unschädlich gemacht werden können. Zwar gibt es nicht wenige, die in inner- und außerpolitischer Hinsicht schon den vollständigen Plan — vollständig bis zum letzten Punkt — in der Notiztasche tragen und ganz genau wissen, wie es kommen — soll. Wenn es nämlich nach ihren Wünschen geht; aber da diese Wünsche recht verschiedener Art sind und sich oft sehr feindselig gegenüberstehen, werden die einen oder anderen — oder beide — vorbeipropheten haben.

Die Erlebnisse und Erfahrungen aller Völker, die unmittelbar oder mittelbar von dieser beispiellosen Kriegsstraßodie ergriffen wurden, sind so ungeheuer und ungeheuerlicher Natur, daß ihre Wirkungen heute vielleicht geahnt, aber in ihrem vollen Umfange von niemand vorausgesagt werden können. Jedenfalls aber — das lehrt die Geschichte — ziehen große kriegerische Ereignisse stets große Umlagerungen nach sich. Menschen und Dinge sind andere nach als vor dem Kriege, und wann hätte je ein Streit der Nationen so tief in das persönliche und

muß. Der Veirat besteht paritätisch aus Mitgliedern des Magistrats und den von den Vorsitzenden der Arbeiterausschüsse gewählten Arbeitervertretern. Die Grundzüge, die der Magistrat für die Wiedereinstellung Kriegsbeschädigter aufgestellt hat, entsprechen im wesentlichen unseren dazu gestellten Anträgen. Ueber die Auslegung und Anwendung dieser Grundzüge wird später noch manches zu sagen sein. Für heute wollen wir mit unserem Urteil noch zurückhalten.

Bei der Regelung der Urlaubfrage war es uns gleichfalls möglich, gegen das Vorjahr einige Verbesserungen zu erzielen. Alle Arbeiter mit 10 und weniger Urlaubstagen erhielten den vollen Urlaub. Nur bei längerem Urlaub fand eine Kürzung auf zwei Drittel der Sätze der Urlaubsordnung statt. Der Urlaub unserer in Crisobureau angestellten Kollegen konnte nur in „Prudenzstücken“ und nicht zusammenhängend gewährt werden.

Es berücht sich von selbst, daß alle von uns in Berlin unternommenen Schritte, die Teuerungszulagen zu erhöhen, die Nahrungsmittelverfügbarkeit zu lindern, auch auf sämtlichen Gemeinden Groß-Berlins ausgedehnt wurden. So wurden z. B. in Schöneberg und Charlottenburg zu den Sätzen der allgemeinen Teuerungszulage besondere Zulagen in Höhe von 10 Pf. pro Stunde und in Neukölln eine besondere Zulage in Höhe von 75 Pf. pro Tag gewährt. In Lichtenberg, dem großen östlichen Vorort, wurde die allgemeine Teuerungszulage auf monatlich 30 Mk. für Verbeiratete und für jedes Kind auf 6 Mk. pro Monat erhöht. Eine besondere Zulage gibt es in Lichtenberg nicht, doch ist eine solche bereits beantragt worden. Ueber die Kriegsunterstützung der Familien haben wir durch direkte Umfrage bei den einzelnen Gemeinden wertvolles Vergleichsmaterial erhalten, welches demnächst von uns veröffentlicht werden soll.

Ueber unsere Organisationsverhältnisse können wir noch immer günstiger berichten. Verächtlicht man namentlich, daß die durch die Einziehung zum Seeresdienst ständig sich notwendig machende Ergänzung des Vertrauensmännerkörpers, und die dadurch außerordentlich erschwerte Verwaltungs- und Agitationsarbeit, beachtet man weiter die schwache Befestigung der Bureaus und stellt man endlich die auf politischem Gebiete entstandenen Streitfragen, deren Austragung sicher nicht im Sinne der Zusammenfassung der Kräfte wirken können, in Rechnung, dann können wir immerhin mit den erzielten Resultaten zufrieden sein.

Wir hatten im Jahre 1916 insgesamt 1030 Neuaufnahmen zu verzeichnen. 739 Kollegen wurden in diesem Jahre zum Seeresdienst eingezogen und trotzdem sank die Mitgliederzahl am Orte, (tatsächlich ohne Einrechnung der Seerespflichtigen) nur von 4937 auf 4761. Rechnen wir die Eingezogenen hinzu, so haben wir noch eine erfreuliche Steigerung der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Und es sind keine Papiersoldaten, die wir in unseren Mitgliederlisten führen, von den berufsmäßig vorhandenen Mitglieder haben 94,3 Prozent 32 Wochenbeiträge entrichtet.

An Unterzählungen haben wir insgesamt rund 50 000 Mark ausgezahlt, obwohl wir diesmal keine Weihnachtsunterstützung gewähren konnten. Das ist trotz der gesunkenen Mitgliederzahl noch etwas mehr wie im Vorjahre. Also auch hier machen sich die

Folgen des Krieges bemerkbar. Die Zahl der Erkrankungen und die der Sterbefälle steigen absolut und relativ.

Unsere Vertrauensmänner und alle in und für die Organisation wirkenden Kollegen haben ihr Möglichstes getan, um die Organisation, unsere einzige Waffe im Kampfe um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, schlagfertig zu erhalten. Unsere Kollegen in den Schützengräben in Ost und West und Nord und Süd, unsere Verteidiger des Vaterlandes zu Wasser und zu Lande, werden erkennen, daß auch wir in der Heimat unsere Schuldigkeit tun und weiter tun werden. Unser aller Wunsch aber ist, daß der mörderische Krieg jetzt in den letzten Zügen liegen möge und daß der Zeitpunkt sich nähert, an dem wir uns alle wieder die Hände reichen können zur Friedensarbeit und zum weiteren Kampfe um unseren Aufstieg innerhalb der Gesellschaft. J. W.

Monatsbericht vom Krieg

Berlin, den 2. April 1917.

Drei Dinge charakterisieren die militärische Situation des verflochtenen Monats: Die russische Revolution, Räumung der Westfront zwischen Arras und Aisne, verschärfter U-Boot-Krieg und seine Folgen. Obwohl sich das russische Chaos in allen seinen Einzelheiten noch nicht klar überblicken läßt, gibt doch folgende Sachdarstellung ein Bild: In der zweiten Märzwoche begannen in Petersburg größere Unruhen, die sich am Sonntag, den 11. März, zu politischen Mandagungen gegen Gendarmen, Polizei und Regierung ausweiteten. Neue Raketen wurden entzündet, die Soldaten stellten sich auf Seiten des Volkes und die bürgerlichen Dumaabgeordneten übernahmen die Führung der Revolution. Als Antwort der Regierung folgten zwei Erlasse des Zaren, wonach die Duma aufgelöst sei. Statt dessen konstituierten sich die Dumaabgeordneten zu einem Vorkommungsausschuß unter Vorsitz Rodziankos und unter Teilnahme des Parteivertreters Merenski und des Sozialisten Tscherdje. Bereits am dritten Tag der Revolution, dem 14. März, war der Erkelationsausbruch im Bewußt der Nacht. Offenbar ist alles von langer Hand vorbereitet gewesen. Die Petersburger Garnison, 30 000 Mann stark, vereinigte sich mit den Revolutionären. Die bisherigen Minister wurden ins Gefängnis gesetzt, später auch der Zar in Jaroslaje Selo gefangen gehalten, nachdem er am 15. März 1917 seine Abdankung erklärt hatte. Ein Versuch, den jüngeren Bruder des Zaren, Michaelowitsch, zur vorläufigen Thronfolge zu bestimmen, scheiterte. Alle Romanows, auch der Oberhäupter Nikolajewitsch wurden ihres Amtes enthoben oder verbannt auf ihre Renten und Würden. Bald dehnte sich die Revolution auf Moskau und die übrigen Provinzen aus. Eine allgemeine Amnestie wurde am 20. März erlassen, viele Tausende politischer Gefangenen wurden befreit. Ein liberal-demokratisches Aktionsprogramm mit freiem Wahlrecht auch für Frauen wurde aufgestellt. 2000 bis 6000 Tote und ebensovielen Verwundete waren die Opfer der inneren Katastrophe, von der man noch nicht

das Massenleben eingegriffen? Hier also gilt ein inneres Gesetz der Entwicklung, das sich sozialistisch automatisch Geltung verschafft und wie Ursache und unvermeidliche Wirkung zu betrachten ist.

Darum verteidigen alle die eine aussichtslose Position, die sich bei der Ausmalung ihrer Zukunftsbilder den Krieg und seine naturnotwendigen Folgen hinwegdenken und einfach bei Friedensschluß dort anknüpfen wollen, wo die Dinge bei Kriegsbeginn standen. Vergebliches Bemühen! Ihre hemmenden Untenrufe, die mit einem sehr deutlichen Unterton von Angst schon jetzt oft genug hörbar werden, ihre trampfhaften Verhüte, dem Rade der Zeit in die Speichen zu fallen, werden nicht verhindern können, daß Staat und Wirtschaft neue Wege aufsuchen, weil sie sie eben aufsuchen müssen, wenn sie die schwierige Situation, der wir entgegengehen, bewältigen wollen. Und insofern wird die Entwicklung mit ebennem Schritt über alle widerstrebenden Elemente hinwegschreiten.

Wir sagen dies nun leineswegs, weil wir etwa der Meinung wären, ein großer Fortschritt im Sinne der Arbeiterbestrebungen sei eine selbstverständliche Sache und werde uns mühelos in den Schoß fallen. Das wäre ein sehr gefährlicher Glaube! Wir sind nur überzeugt davon, daß die Umwälzungen politischer und wirtschaftlicher Art, die diesem Kriege folgen, zahlreiche Möglichkeiten mit sich führen werden, um der Arbeiterklasse das ihrer Bedeutung entsprechende Gewicht im Volksganzen zu verschaffen und sie von ihrer bisherigen Nebenbühlerrolle zu befreien. Wir sind ferner überzeugt davon, daß es einige Leute gibt, die das nicht gern sehen würden. Und wir haben

schlechthin auch keinen Zweifel, daß jener Regierungsvertreter, der im Parlament für die kommende Friedenszeit heftige innere Kämpfe voraussetzte, von den Tatsachen nicht lügen gestraft werden wird.

Alles dies aber führt dazu, um der Erkenntnis sicher zu sein, daß zwar die Tendenz zur Aufwärtsbewegung in unserem Sinne tätig werden würde, daß sie aber je nach dem Verhältnis der einander widerstrebenden Kräfte nach rechts oder links umgebogen werden kann. Mit anderen Worten: es wird darauf ankommen, ob die Anhänger der Reaktion oder die einer freiheitlichen Entwicklung stärker sind.

Darum haben wir alle Veranlassung, beizeiten an die Auf-erhebung unserer organisierten Kraft zu denken. Sie ist ja nicht tot, nein. Aber der Krieg hat sie zur Ruhe gezwungen, hat ihre Funktionen zum großen Teile lahmgelegt, hat Tausende und Abertausende unserer gewerkschaftlichen Streiter aus dem wirtschaftlichen in den blutigen Kampf gerissen und hat andere in veränderte Daseinsverhältnisse geworfen. So wurde vielen das äußere Band zerschnitten, das sie an ihre berufliche Organisation fesselte.

Das äußere Band. Das innere — das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu seinen Berufsgenossen — ist glücklicherweise in vieltausend Fällen unverfehrt geblieben, und die Treue zur Gewerkschaft leuchtet herzerfrischend aus zahlreichen Briefen, die im Felde unter schweren Strapazen und oft genug in drohender Lebensnähe geschrieben wurden.

Ja, mancher, dessen Einnen und Sorgen auch da draußen bei seiner gewerkschaftlichen Friedensarbeit weilt, mancher, der mit

weiß, ob sie zum Abschluß gelangt ist. Die Wirkung auf die russische Front ist bislang nicht sonderlich, wenngleich die Friedensbestrebungen in Rußland dadurch größeren Anreiz erhielten. Die englische Regierung und besonders die englisch-französische Freie gebärdete sich in den ersten Tagen, als sei durch sie diese Revolution gekommen. Sie erhoffen daraus einen stärkeren Siegeswillen der russischen Armeen. Es ist auch kaum anzunehmen, daß die Arbeiter sich mit der Fortführung des Krieges dauernd einverstanden erklären, da die Schwierigkeiten in Ernährung und Transport andauernd wachsen. So bleibt abzuwarten, ob das Triumphgeschrei der Entente nicht doch etwas verflüchtigt war. Die Aussichten auf Frieden sind jedenfalls stärker geworden. — Die Rückverlegung unserer Westfront um 20–35 Kilometer bis zum „Siegfriedswall“ ist eine hochbedeutungsvolle und gelungene strategische Operation über die später mehr zu sagen ist. Vorerst bedeutet sie eine erhebliche Verzögerung der Frühjahrsoffensive der Entente. Abgesehen von einzelnen heftigen Vorstößen an Ost- und Westfront haben große Kampfhandlungen im März nicht stattgefunden. In der ersten Berichtwoche mußten die Türken Bagdad, die zweite Hauptstadt der Türkei, aufgeben, doch ist auch dies ohne größere Kämpfe geschehen. — Der verschärfte U-Bootkrieg endlich hat erstantliche Resultate aufzuweisen. Die Februarbeute beträgt 380 Schiffe mit 741 000 Tonnen. Das hält selbst England auf die Dauer nicht aus, wenngleich wir den Zeitpunkt geringeren Widerstandes noch nicht erkennen können. Unterdessen rüstet Amerika feberhaft. Es dürfte bei seiner Senatstagung am 2. April 1917 bereits zur Kriegserklärung kommen. Damit würden dann die Friedensaussichten auf lange Zeit hinaus schwinden, wenn nicht unerwartete Ereignisse eintreten.

Die politischen Vorgänge werden durch die bemerkenswerten Ereignisse in Reichstag und Landtag bestimmt. Der vielbeachteten Rede Bethmanns vom 14. März im preussischen Abgeordnetenhause folgte in der letzten Märzwoche die großartige Debatte des Reichstages, die sich sogar zu einem Beschluß (mit 227 gegen 33 Stimmen) verdrängt hat, einen Verfassungsausschuß zu bilden, der Zusammenfassung der Volkswirtschaft und ihres Verhältnisses zur Regierung beraten soll. Ihm sind zahlreiche Anträge zur Schaffung einer parlamentarischen Regierung, freies Wahlrecht in Preußen usw. zugewiesen. Es ist zu hoffen, daß auch in Preußen-Deutschland erhebliche innere Reformen Platz greifen.

Aus unserer Bewegung

Berlin. (Kriegsküchen.) Das Küchenpersonal aus den städtischen Volksküchen Treptowhalle und Velforter Straße hatte sich am 27. März in einer überfüllten Versammlung mit Betriebsangelegenheiten beschäftigt. Eine ganze Anzahl von Beschwerden wurden vorgetragen. Bessere Regelung der Aus-

gabe des Mittagessens an das Personal wurde gewünscht. Vielfach werde das Mittagessen an das Personal erst nachmittags um 4 Uhr ausgeteilt. In Krankheitsfällen werde die Feuerungszulage nicht gewährt. Die ställige Lohnsteigerung wird nicht ausgezahlt. Auch über die Bekleidung wurde lebhaft Klage geführt. Allgemein wurde von den Anwesenden zugegeben, daß die Uneinigkeit, der Mangel einer Organisation die Folge mancher Mißstände sei. Ueber 50 Frauen traten nach Schluß der Versammlung der Organisation bei. Von den neugewonnenen Mitgliedern wird der weitere Ausbau der Organisation abhängen, davon die Folge unseres Vorgehens. Wir wünschen und hoffen, daß es gelingen wird.

Falle a. Z. Unsere am 3. November 1916 eingeleitete Lohnbewegung hat nun endlich einen einigermaßen befriedigenden Abschluß gefunden. Schon im Dezember vorigen Jahres hatte sich die Stadtverordnetenversammlung damit zu beschäftigen, aber die Verhandlungen endeten resultatlos. Tamals beantragte der Stadtverordnete Kühne namens des Sozialen Ausschusses Uebergang zur Tagesordnung mit der Begründung, man wolle das Maß der Gehalts- und Lohnerhöhungen nicht in Bewegung bringen. Herr Kühne ist Vorstandsmitglied des Evangelischen Arbeitervereins. Schließlich wurde in der damaligen Sitzung nur erreicht, daß die Eingabe dem Magistrat als Material überwiesen wurde. Da man aber wohl befürchtete, daß ein so „unständiges Vorgehen“ der Lohnforderung bei den Arbeitern böses Blut machen würde, wurde beschlossen, ihnen eine einmalige Feuerungszulage in folgender Höhe zu bewilligen: Für Ledige und Alleinlebende 40 Mk., für Verheiratete ohne Kinder 60 Mk., für Verheiratete mit Kindern für jedes Kind 30 Mk., bis zum Höchstbetrage von 200 Mk. Wenn auch anzuerkennen war, daß diese Beträge schon ganz wesentliche Hilfen für die Kollegen darstellten, konnten sie sich mit einer einmaligen Zulage doch nicht zufrieden geben und verlangten, daß „das Maß der Lohnerhöhungen“ doch in Bewegung gebracht würde. Das ist in der Stadtverordnetenversammlung am 5. März d. J. auch geschehen. Unsere Forderung ging dahin, die Stundenlöhne aller Arbeiter um 5 Pfennige zu erhöhen. Bewilligt wurden mit Wirkung ab 1. März für Handwerker, Aufseher, Vorarbeiter usw. 6 Pfennige und für alle anderen Arbeiter 4 Pfennige pro Arbeitsstunde. In der am 24. d. M. stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde seitens der Kollegen zum Ausdruck gebracht, daß man allgemein die Bevorzugung der Handwerker, Aufseher usw. zwar nicht als gerechtfertigt anerkennen könne, sich aber doch mit dem erzielten Erfolg einstweilen zufrieden geben wolle. Jedenfalls hat aber der Ausgang dieser Lohnbewegung die Nützlichkeit und Notwendigkeit unseres Verbandes für die städtischen Arbeiter wieder erwiesen. Mögen daraus besonders die noch unorganisierten Kollegen aber auch die Rußanwendung ziehen und sich dem Verbands anschließen.

Hamburg. Die Tagesordnung unserer Generalversammlung konnte an einem Tage nicht bewältigt werden; die Fortsetzung fand am 21. März statt. Durch die Neuwahlen zum Stützvorstand und zu den sonstigen Vertrauensposten traten keine Veränderungen ein. Der Jahresbericht wurde im wesentlichen nicht bemängelt. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren durch Beschluß Entlastung erteilt. Das größere Interesse nahmen die Mitteilungen über die Kriegsbeihilfen in Anspruch; zunächst die am 1. Januar d. J. eingetretene Neuregelung der Dauerzulagen, und dann die einmalige Zulage. Bei letzterer sind die Kriegerväter, die keine Kinder oder nicht mehr als zwei Kinder haben, übergangen worden

Sehnsucht und Freude an die großen Aufgaben der Zukunft dachte, mancher von ihnen ist nicht mehr. Zu langen, allzulangen Namenreihen haben sich die Opfer gehäuft und häufen sich noch. Die schwarz-umrandeten Anzeigen füllen Seiten um Seiten, und immer wieder stoßen wir auf das Wort der lebenden Freunde und Kollegen: „Wir werden der Opfer des Weltkrieges ehrend gedenken.“

Dies aber sollte mehr als ein Wort sein. Mehr als ein Satz, den kollegiale Gewohnheit ausspricht.

Ein Gedächtnis sei!

Es steht in keines Menschen Macht, Tote zum Leben aufzu-erwecken — und Wunder erwarten wir nicht.

Aber was wir erwecken und fortführen können, das ist der Geist, das sind die Werke der Gestorbenen.

Zahlreiche Helden sind unter der unabsehbaren Menge von Leben, die dieser Krieg verschlingt, die Helden auch im tristen Friedensalltag waren, namenlose Helden oft, die in der Stille für ihre Ueberzeugung, für den Aufstieg der Arbeiterschaft, für ihre materielle und geistige Kultur unermüdet wirkten und schweigend Opfer um Opfer darum trugen.

Können wir ihrer ehrender gedenken als in der Erhaltung und im Ausbau der Werke, die sie einst begeistert mitgeschaffen haben? Als dadurch, daß wir ihren Helden- und Opfergeist auch in der jüngeren Generation lebendig machen?

Denn dies duldet, wie gesagt, keinen Zweifel: Wir werden, was

auch sonst die Zeiten bringen mögen, einen festgefühten Zusammenschluß aller unserer Berufsangehörigen, werden eine machtvolle Organisation mit zeltklaren Mitgliedern nötiger haben als je! Neue Aufgaben in heute noch nicht absehbarer Fülle werden ihre Lösung von uns fordern, Aufgaben, die nur eine einige, von starkem Willen besetzte Arbeiterschaft wird durchführen können. Darum darf auch die Zwiertacht keinen Raum in unseren Reihen gewinnen. Jeder, der sich bewußt ist, daß das Heil des einzelnen im Heil des Ganzen ruht, und daß der Erfolg des Ganzen abhängig ist von dem verständnisvollen Zusammenwirken aller; jeder, dem es ernstlich darum zu tun ist, die Kraft der Organisation zu erhalten und zu vermehren und praktische Erfolge zu erzielen, wird allem unfruchtbareren Haberdie Tür weihen und mit aller Energie für die Ausbreitung und Belebung seiner Gewerkschaft eintreten — eingedenk der Erkenntnis: Wir müssen gerüstet sein!

Und wo das der Fall ist, braucht uns um die Gestaltung der Zukunft nicht bange zu sein. In unsern alten und jungen Streitern wird der Geist und der Wille derer, die gestorben sind, weiterleben und weiterwirken und weiterbauen an den wichtigkeitsstarken Idealen, die sich in unserer Organisation verkörpern.

In dieser Zuversicht begehen wir das Osterfest, hoffend, daß es das letzte sein werde, wissend, daß die Auferstehung zu guten, fruchtbaren, schöpferischen Taten kommen muß und wird.

und nur die Frauen mit drei oder mehr Kindern sollen die Zulagen für diese größere Kinderzahl bekommen. Darüber sind die Frauen verärgert und die in der Versammlung anwesenden gaben ihrer Unzufriedenheit in lebhafter Weise Ausdruck. Ferner wurde kritisiert, daß bis jetzt noch keine staatsamtliche Stelle zu der Einsicht gekommen zu sein scheint, daß auch die alten invaliden Staatsarbeiter durch Weisheiten unterstützt werden müssen. Denn bis jetzt haben die Arbeiter noch keine Teuerungszulagen empfangen. Die elf Betriebskrankenkassen des hamburgischen Staates sollen zusammengelegt und der Staat für staatliche Angestellte, der größten der elf Stufen, emporgehoben werden. Um in dieser Hinsicht weiterzukommen, sollen die Vertreter in den Ausschüssen darauf hinwirken, daß die Verwaltungsdeputationen den Antrag bei den Ausschüssen stellen, diese möchten beschlußmäßig ihr Einverständnis zur Zusammenlegung erklären; nach den Satzungen ist dies erforderlich. Schließlich wurde dann noch über die Vertragsregelung, weil der Verbandsvorstand 10 Pf. wöchentlich mehr verlangt, verhandelt. Es wurden aber von einigen Mitgliedern Einwendungen erhoben, die erkennen ließen, daß diesen Kollegen der Zusammenhang der einschlägigen Verhältnisse nicht klar war, daß sie insbesondere nicht daran dachten, daß nach dem Verbandsstatut ein vom Verbandsvorstand angeordneter Ertragsbeitrag für uns zwingendes Recht ist, wir ihn also bezahlen müssen. Da die Versammlung nun unterdessen auf etwa fünfzig Teilnehmer zusammengewachsen war, wurde die Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Der Vorstand will den Beitrag der Kriegserfrauen herabsetzen. Ein paar Frauen in der Versammlung erklärten zwar, sie würden den Beitrag von 10 Pf. gern auch fernerhin bezahlen. So zahlungsfreudig sind aber die meisten Frauen nicht. Kassierer, die die Beiträge einfordern müssen, erzählen viel von anders lautenden Reden aus den Reihen der Kriegserfrauen. Das beste Mittel, Wahrheit und Klarheit über die bei den Mitgliedern und Mitgliederfrauen herrschende Auffassung zu schaffen, ist, wenn die Versammlungen zahlreich besucht werden.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Streiks und Ausperrungen im Kriegsjahre 1916. Nach der soeben erschienenen amtlichen Statistik hatten die Streiks im Jahre 1916 gegenüber dem Vorjahre eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen. Es fanden im Berichtsjahre statt (die vergleichenden Zahlen für das Jahr 1915 sind in Klammern beigefügt) 239 (137) Streiks. Die Zahl der von Streiks betroffenen Betriebe betrug 436 (178). Durch Streiks zu völliger Einstellung gebracht wurden 71 (33) Betriebe. Die Zahl der in den betroffenen Betrieben Beschäftigten betrug 429 814 (47 010). Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden betrug 124 123 (11 639). Durch die Streiks zum Feiern gezwungen wurden 4693 (2372). Vollen Erfolg hatten 27 (24), teilweisen Erfolg 129 (37) und keinen Erfolg 63 (76). Ausperrungen wurden im Jahre 1916 keine vorgenommen; 1915 konnte nach von 4 Ausperrungen berichtet werden. Die zunehmende Streikbewegung ist sicher auf die seit dem Jahre 1915 stark gesteigerte Verteuerung des Lebensunterhalts zurückzuführen, für die die Arbeiter durch erhöhte Lohnforderungen einen Ausgleich zu schaffen suchten.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. In den Tagen vom 20. bis 22. März fand in Berlin eine Konferenz der Verbandsvorstände statt, die sich mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen hatte: 1. Geschäfts- und Kassierenbericht der Generalkommission. 2. Die Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft. 3. Die Organisation der Kriegsteilnehmer. 4. Der nächste Gewerkschaftskongress. 5. Verschiedenes.

Der gedruckt vorliegende Geschäfts- und Kassierenbericht der Generalkommission wurde durch eine Reihe mündlicher Ausführungen von Legien, Bauer, Kube und Schmidt ergänzt. Legien berichtete über die Gewerkschaftsangelegenheiten zur Ernährungsfrage und die anschließenden Verhandlungen mit dem Kriegs- und Ernährungsamt, Staatsamt und dem preussischen Staatskommissar für Ernährungsangelegenheiten, über die Eingabe betr. Arbeiterforderungen bei Monopolisierung von Wirtschaftszweigen, über das Zusammenwirken mit der Gesellschaft für soziale Reform bei Vorbereitungsarbeiten für eine gesetzliche Neuregelung des Koalitionsrechts, über die Streikstatistik für 1915 und über die seitens der Generalkommission gewährten Teuerungszulagen für ihre Angestellten. Bauer's Bericht erstreckte sich auf alle neuere Arbeiten für die Ausföhrung des Hilfsdienstgesetzes, bei denen in zahlreichen Fällen die Interessen der Arbeiter mit jüher Energie vertreten werden mußten, sowie auf die belagerte Arbeiterfrage. Robert Schmidt machte Mitteilungen über den Stand und die Aussichten der Ernährungsverhältnisse, während Kube den Kassierenbericht ergebend erläuterte und dann umfassend die Regelung der Beiträge an die Generalkommission berichtete.

Auf allgemeinen Wunsch gab der gewerkschaftliche Vertreter im Kriegsamt, Schilde, eine Darstellung über sein Wirken in diesem neuen Arbeitskreis und über die Tätigkeit der Mitglieder der Arbeiterkassen wahrzunehmen. Es sei manchmal recht schwierig, mit den vielen Reports im Kriegsamt über einzelne Fragen ins reine zu kommen, noch schwieriger aber, das Erzielte vor den Anordnungen anderer Regierungsstellen zu bewahren, da das Kriegsamt nur in den wenigsten Fällen seine Entscheidungen endgültig treffen könne.

Die Debatte über diese Berichte nahm einen vollen Tag in Anspruch. Sie erstreckte sich auf die Ernährungsfrage und das Auftreten des preussischen Landwirtschaftsministers, das allseitig entschiedene Zurückweichen fand, auf die Frauenerwerbsarbeit und Anstellung von Fabrikpflögerinnen, die sowohl Verteidiger als auch scharfe Gegner fand, auf die mit der Durchführung des Hilfsdienstes seither gemachten Erfahrungen und auf das Zusammenwirken der Generalkommission mit sozialpolitischen und Fürsorgeorganisationen, sowie den Erwerb der Mitgliedschaft in solchen Organisationen seitens der Gewerkschaften. Dem Kassierer Kube wurde einstimmig Entlastung erteilt. Zur Ernährungsfrage wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die Vertreter der Gewerkschaften erklären, daß die von dem preussischen Landwirtschaftsminister in den Sitzungen des Preussischen Landtags vom 7., 8. und 13. März 1917 gegen die Eingaben der Gewerkschaften erhobenen Angriffe die Berechtigung ihrer Forderungen in der Ernährungsfrage nicht erschüttern können. Am allerwenigsten können sie sich zu der Auffassung bekehren, daß die einseitige Politik des Landwirtschaftsministers zugunsten der Produzenten den Interessen der Verbraucher entspreche. Die Gewerkschaftsvorstände halten ihre Beschwerden und Forderungen mit Entschiedenheit aufrecht und erheben nochmals ihre warnende Stimme. Die Arbeiterkassen muß von den verantwortlichen Stellen im Reiche wirklich durchgreifende und schnelle Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung dringend verlangen.“

Sodann wurde den Teuerungszulagen für die Angestellten der Generalkommission, mit Ausnahme der Kinderzulagen, die Zustimmung erteilt. Auf Anfrage wurde festgestellt, daß die Gewerkschaftsangelegten und Arbeitervertreter der Wehrpflicht für den vaterländischen Hilfsdienst unterliegen. Es soll bei den Feststellungsansuchen auf die Anerkennung der Gewerkschaften als kriegswichtige Organisationen hingewirkt werden.

Zur Frage der Uebergangswirtschaft wurden bei der Konferenz Forderungen der Gewerkschaften unterbreitet, die von der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission ausgearbeitet und mit einigen Ergänzungen auch von den übrigen Gewerkschafts- und Angestelltenorganisationen angenommen worden sind. Sie sollen durch eine eingehende schriftliche Verhandlung ergänzt und dem Reichsamt für Uebergangswirtschaft sowie dem Reichsstaatssekretär für Handel und Gewerbe eingereicht werden. Robert Schmidt erläuterte die Forderungen durch ein Referat. Er wies einleitend darauf hin, daß die Gewerkschaftsvorstände sich schon seit dem Februar 1915 mit den Fragen der Uebergangswirtschaft befaßt haben, die Aufhebung der vorliegenden Forderungen geistlich im Auftrag der Konferenz vom November 1916. Ihre Erledigung drängt infolge der neuerdings im Ausblick für Handel und Gewerbe begonnenen Behandlung der Arbeiterfragen für den Bereich der Uebergangswirtschaft. Die Forderungen teilen sich in solche allgemein wirtschaftlicher und organisatorischer Natur (Arbeitervertretung im Beirat des Reichsstaatssekretärs, Regelung der Ein- und Ausfuhr, Vertikung über den Schiffraum, Eisenbahn und Eisenbahnsicherheitswesen, Regelung der Erwerbstätigkeit, Errichtung von Wirtschaftsämtern und Aufsicht über die Handelsstatistik), weiter solche, die die Lebensmittelversorgung betreffen, dann Forderungen der Arbeitsvermittlung, solche bezüglich der Entlastung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen, Forderungen hinsichtlich der Regelung der Arbeitsverhältnisse, des Arbeiterlohnes und der Arbeitervertretung, besondere Berücksichtigung für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige und schließlich Forderungen auf dem Gebiet der Wohnungsfrage. Da die Forderungen in Kürze bekanntzugeben werden, so mögen einige Darlegungen über ihre Stellungnahme zu der eigentlichen Demobilisation des Heeres genügen. Von einflussreichen Seiten ist verschiedentlich verlangt worden, die Entlastung der Kriegsteilnehmer den jeweiligen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anzupassen. Der Referent widersprach diesen Wünschen. Dem Heeresangehörige würde es billigen, auch nur einen einzigen Tag länger, als militärische Bedürfnisse dies erfordern, im Heeresdienst zurückzubleiben und von Heimat und Familie getrennt zu werden. Gewiß können Konsumenten nicht binnen wenigen Tagen aufgefunden werden. Auch sei auf das Wirtschaftsleben insoweit Rücksicht zu nehmen, daß die für die Wieder-aufnahme der Betriebe unentbehrlichen Arbeitskräfte möglichst frühzeitig zu entlassen seien. Im übrigen müßte aber jede Verzögerung der Entlastung vermieden werden. Die Mindermeinung auf Arbeitsmangel dürfe kein Grund sein, die Kriegsteilnehmer länger als militärisch notwendig im Dienst zu behalten. Wenn Arbeit nicht nachgewiesen werden könne, dem müsse die Arbeitslosenunterstützung zuteil werden. Das letztere gelte auch für die

entlassenen Hilfsdienstpflichtigen und die übrigen infolge der Ubergangswirtschaft beschäftigungslos werdenden Arbeiter und Angestellten. Im weiteren sollen die durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Arbeiterausschüsse und Schlichtungsstellen in geeigneter Form in die Ubergangswirtschaft übernommen und geschickliche Arbeitervertretungen (Kammern) geschaffen werden.

Die vorgelegten Forderungen wurden im einzelnen erörtert und einige redaktionelle Änderungen und Ergänzungen beschlossen, wonach die ganze Vorlage einstimmig zur Annahme gelangte.

Hinsichtlich der Organisation der Kriegsteilnehmer, mit der sich bereits eine Vorkonferenz im November 1916 befaßt hatte, blieb ein Antrag auf Ubergang zur Tagesordnung in der Minderheit. Die Konferenz beschloß, diese Frage vorläufig zurückzustellen, und zwar solange, bis wirklich ernsthaftere Organisationsbestrebungen der Kriegsteilnehmer eine erneute Stellungnahme notwendig machen. Doch soll den besonders von Essen ausgehenden Versuchen, die Kriegsbeschädigten zu vereinen und sogar in Zentralverbänden zusammenzuführen, mit allem Nachdruck entgegengetreten werden.

Da im Jahre 1917 nach dem Regulativ der Generalkommission ein Gewerkschaftskongress einzuberufen wäre, unterbreitete die Generalkommission die Entscheidung darüber der Konferenz der Vorstände. Dieselbe war indes in ihrer großen Mehrheit für eine Vertagung des Kongresses bis nach dem Kriege. Es wurden für diesen Beschluß die gleichen Gründe geltend gemacht, die für eine Vertagung der Verbandstage maßgebend waren.

In letzter Stelle wurden einige geschäftliche Fragen erledigt. Der Beitritt zur Gesellschaft für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde der Generalkommission und den einzelnen Gewerkschaften empfohlen. Die Entscheidung über den Beitritt zum Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur soll noch zurückgestellt werden. Der Bericht des Vertreters der Generalkommission im Deutschen Wohnungsausschuß wurde entgegengenommen.

Rundschau

Zur Jugendweihe der Schulentlassenen.

Sei uns gegrüßt, du junge Schar, du unsere Hoffnung und Liebe. Für die zu dieser Stunde in unser aller Herzen ein einziger Gedanke lebt, ein einziger Wunsch —

Der seligen Kindheit entwachsen, pochst du geduldig an des lockenden Lebens verschlossene Pforten.

Öffnen soll sie sich dir, damit du eine neue Bahn betreten könntest, die dich, o Jugend, hineinführen soll in das Land der Verheißung, in das Land deiner Träume.

Da auf immergrünen Auen nimmerwelkende Blumen blühen, berauschend durch Duft und Farbenpracht;

Da die Sonne niemals sich verdüstert und die Vögel nicht müde werden, herrliche Lieder zu schmettern;

Da die Wege frei sind von Steinen und Dornen und beschattet mit Bäumen, die brechen wollen unter edler Früchte übergroßer Last;

Da die Freiheit herrscht, zu pflücken die schönsten Blumen, zu brechen die süßesten Früchte, zu leben das Leben eines ungetrübten vollkommenen Glücks. . .

So hoffst du und träumst du, du sorglose, heitere Jugend, du unsere Hoffnung, unsere Liebe. . .

Doch wir, die wir längst die Pforten durchschritten, die sich euch, ihr Kinder, heute öffnen, die wir schon weiter gewandert sind, durch das Land des Lebens, denn ihr —

Wir wissen: wohl finden sich Blumen und Sonnenschein, Früchte und Fröhlichkeit an herrlichen Wegen, wenn auch spärlicher sie gedeihen, denn ihr träumt —

Allein auch schaurige Abgründe sehen wir gähnen und dornige Pfade sich strecken, sehen Versuchungen und Feinde, Sorgen und Kämpfe, Leid und Enttäuschungen aller Art,

Dah unsere Herzen schwer werden, wenn wir all dessen gedenkend, eure lichte, leichte Jugend schauen. . .

Und doch trotz alledem und alledem rufen wir frohgemut und hoffnungsfreudig euch zu:

Fürchtet euch nicht! Tapfer schreitet voran!

Das Blümlein, das am Wege euch grüßt — so unscheinbar es auch sei — beachtet es und wartet feiner.

Tretet euch über den blaffen Sonnenstrahl, der eure Haut umspielt, und Dankbarkeit sollt dem Schicksal für jede, auch die spärlichste, Frucht, die Arbeit und Zufall euch in den Schoß werfen.

Betrachtet sie heiteren Sinnes und genießt ihrer Schönheit und Süße.

So ihr aber Hindernissen begegnet, so zaudert nicht, sie zu nehmen; Abgründe überbrückt; aus den Wegen, auf daß sie lieblich seien zu wandeln euch und euren Brüdern, reißet aus die Dornengehege, schaffet weg die spigen Steine, so die Füße zerreißen,

Mit starker Hand und tapferem Herzen ringt, daß Wirklichkeit werde der Traum, den ihr jetzt träumt von der Zukunft und Glück, euch zu Ruh und euren Mitmenschen zum Segen.

Ihr könnt es!

Da, ihr könnt es, wenn in euch lebendig sind Glaube und Hoffnung und Liebe und euch als freundliche Sterne voranleuchten auf euren Pfaden.

Wie eure Eltern an euch bisher geglaubt und immer glauben werden — so sollt ihr glauben an die Menschheit und an das Gute in ihr, auch wenn sie lieblos euch scheint,

So sollt ihr glauben an die göttlichen Kräfte in euch selbst, damit ihr nicht strauchelt in eurem Lauf, damit ihr euch aufzuraffen vermögt, wenn ihr gefallen seid. —

Wie die Hoffnung euren Eltern Kraft gab in schweren Stunden, wenn sie mit Sorgen eurer gedachten und mit Bangen in eure Zukunft schauten, so möge auch euch der Hoffnung Stern strahlen und euch stärken, daß ihr furchtlos euch zu messen vermögt mit dem, was das Leben in sich birgt, und siegreich überwindet die Mächte der Finsternis, in der Gewißheit, daß das Wahre, das Gute und Schöne endlich doch siegen werden!

Wie eure Eltern selbstlose Liebe euch erwiesen haben vom ersten Augenblicke eures Daseins an,

Wie euer ganzes Leben sich aufbaut einzig und allein auf den Taten der Liebe, von jenen verrichtet, die vor euch waren,

So möge auch eure Liebe stark werden, daß ihr zurückgebt der Menschheit mit reichem Zins und Zinseszins, was ihr von ihr empfangen und genießen durftet.

Um diese Liebe zu den Menschen sollt ihr ringen mit aller Kraft! Denn ohne sie ist das Dasein nichts als ein leerer Schein, eine einzige große Qual, ein trostloses Wandern in grautalter Dämmerung;

Ohne sie ist die Arbeit eine ermüdende Fron, das Leiden ein nagender Schmerz, das Sterben und Vergehen aber — das alleinige Glück;

Ohne sie ist euer Leben eine ödswere Landschaft am Pol in endloser Eisnacht, über der kalte Mondstrahlen zittern und toter Sternenglanz flimmert.

Ein feuchtes Sumpfland im Dunkel, da düsteres Grauen haucht und Irlichter den Wanderer höhnen; ein ausgebrannter Krater, voller Schlacken und Asche, dem alles, was er an Blut in sich barg, entquollen ist oder dem des Weltenschaumes Kälte das Feuer erlöschten ließ. . .

Mit der Liebe im Herzen aber spottet ihr aller Mächte der Trübsal, so gewaltig sie auch sein mögen, werdet ihr reich und froh, schafft ihr tiefe Freude auf der Welt und wohltuende Wärme.

Mit der Liebe im Herzen gründet ihr das Reich des wahren Glücks, darin Leid und Tod überwunden werden, macht ihr das Reich eurer Träume zu herrlicher Wirklichkeit;

Mit der Liebe im Herzen ist eure Seele ein lachender See in Sommermorgenglanz, ein lieblicher Garten voll blühender Blumen in Maienpracht, eine Sonne, die Leben spendet den Betrübten und Wärme den Frierenden. . .

Ein Gedanke, ein Wunsch ist es, der heute in unser aller Herzen für euch lebt.

Rögen Glaube und Hoffnung und Liebe in euch walteten euer Leben lang!

Leuchtet mögen sie euch als freundliche Sterne, daß sie euch Wegweiser seien auf eurer Bahn, bis des Alters Schnee eure Häupter bedeckt.

Pastor Emil Felden.

Kenntnis der Lebensmittelrationierung. Wie wir bereits bekanntgegeben, wird mit Rücksicht auf das Ergebnis der am 15. Februar ausgeführten Getreidebestandsaufnahme (das erheblich niedriger, als erwartet wurde, ausgefallen ist), bis die Zahlen der angeordneten Nachprüfung endgültig feststehen, zu einer Einschränkung des Brotgetreideverbrauches geschritten. Demgemäß hat das Kuratorium der Reichsgetreidestelle in seiner Sitzung am 23. März mit Zustimmung des Direktoriums mit Wirkung vom 15. April d. J. ab folgendes beschlossen: 1. Herabsetzung der täglichen Rationierung von 200 Gramm auf 170 Gramm. 2. Herabsetzung der vom Selbstversorger zu verbrauchenden Getreidemenge von 9 Kilogramm auf 6½ Kilogramm monatlich. 3. Kürzung der den Kommunalverbänden für Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen zugewiesenen Rationierungen um 25 Proz. 4. Streichung der Jugendzulagen. Es in Vorzüge getroffen, daß, wenn diese Einschränkungen Platz greifen, die Mautschiffahrt wieder völlig den Vorschriften entsprechend geregelt ist, nach denen auf den Kopf und

Tag $\frac{3}{4}$ Pfund und für die von der Reichsartoffelstelle festgesetzte Zahl von Schwerarbeitern weitere $\frac{3}{4}$ Pfund den Gemeinden zur Verteilung überwiegen werden. Soweit wider Erwarten in einzelnen Fällen sich gleichwohl noch Störungen zeigen sollten, werden zum Ausgleich für die fehlenden Kartoffeln wie bisher besondere Rahl zu zwei jungen stattfinden. Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß, wenn die Verringerung der Brotzuteilung in Kraft tritt, $\frac{1}{2}$ Pfund Fleisch pro Kopf und Woche mehr gewährt werden wird, und zwar infolge des zu erwartenden Reichszuwachses zu einem Preise, das auch die minderbemittelte Bevölkerung der erhöhten Fleischzuteilung teilhaftig werden kann. — Unter allen Umständen muß für die Großstadtarbeiter die Marktpfelle zurübe leffer geregelt werden, damit das zugelegte Quantum nicht bloß auf dem Papier steht.

Was vom Hilfsdienstgesetz. Kollege Witt, Leipzig schreibt uns: Die Zustimmung der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Hilfsdienstgesetz muß bekanntlich der „Minderheit“ fortgesetzt Stoff zu wüsten Angriffen auf die Mehrheit liefern. Immer neue schäbige Seiten des Gesetzes will man zu entdecken und macht die Mehrheit dafür verantwortlich; beständig ist die Arbeitererrats und nach einiges mehr. Das das Gesetz schließlich auch ohne die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion angenommen worden wäre und daß es dann jedenfalls sehr viel schlechter war, wird natürlich nicht gesagt. Daß es aber auch für die Arbeiter in mander Beziehung sehr nützlich wirkt, wird ebenfalls verschwiegen. Darum wollen wir einen Fall, in dem sich das Gesetz von der nützlichen Seite zeigte, hier registrieren. Einer unserer Kollegen in P. beantragte bei seiner Betriebsdirektion eine Erhöhung seines Stundenlohnes um 4 Pfennige. Sein Antrag wurde aber glatt abgewiesen. Der Kollege verlangte nun Ausschüttung des Abfertigungs, der ihm ebenfalls verweigert wurde. Daraufhin wandte sich unser Kollege an den zuständigen Schlichtungsausschuß. Der dort amtierende Oberleutnant setzte sich sofort telefonisch mit der Betriebsdirektion in Verbindung und da auf diesem Wege eine Verständigung nicht zu erzielen war, wurde ein Termin vor dem Schlichtungsausschuß angesetzt und die Parteien geladen. Dieser Termin war an dem dazu bestimmten Tage mittags um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr angesetzt. Am Morgen desselben Tages wurde der Kollege aber zur Betriebsdirektion bestellt, hier werden ihm zunächst Vorwürfe gemacht, daß er sich gleich an den Schlichtungsausschuß gewandt hätte. Der Herr Direktor meinte, über solche Sachen könne man sich doch auch so verhalten. Schließlich wurden dem Kollegen 2 Pfennige pro Stunde als Zulage angeboten, was dieser jedoch ablehnte. Als alles gut in nicht besten wollte, sagte der Herr Direktor, es sei ihm unangenehm, sich wegen einer solchen Sache vor den Schlichtungsausschuß zu stellen, er wolle darum die Forderung bewilligen. Er ersuchte unseren Kollegen, sofort nach dem Wegstimmenden zu gehen und dort zu berichten, daß der Streit schon beigelegt sei. Das hat der Kollege natürlich getan und die Sache war erledigt. Wie leicht teilt die Minderheitspartei auch diesen Fall ihren Lesern mit.

Fahrt in den Urlaub.

Wir fahren durch die schwärzeste Nacht . . . fahren mit hellerleuchteten
Leuchtern . . . über den Strom, den Wälderbogen —
In der Tiefe gleitet das Spiegelbild unseres Auges, eine Kette von Sternen,
von einer gewaltigen Sonne gezogen.
Schwarz hauchen Wälder uns an mit emporgeschnehten Stämmen.
Schlafend, wie ein Kriechtier im Sturm, schweben wir auf steil abfallenden
Dämmern.
Der Sturm wirt sich uns entgegen. In schaurigen Lauten wimmert der
überwundene Wind.
Die Nacht, der Sturm, das Land, das Heimweh, Stunden voll Warten
sind verschwunden sind . . .
Wir fahren, fahren — nach Haus! Wir kommen aus der Schlacht, der
Schlacht, wo die Granatenanlage dicht wie das Hagelstamm rollen . . .
Wir ist, als fühlten wir unter ihr weg — durch einen gewaltigen Stollen,
Tief unter den Schützengräben . . . Nein, nein! Wir fahren durch einen
Tunnel — aus hundertfältig verstridten Soldatenleibern gebaut —
Eine dicke Mauer, ein festes Dach, auf den ein wahnwitziger Granaten
lang hant!
C, ihr Millionen Brüder, ihr seid es, die unsre Stille mit euren Leibern
umgibt, daß wir sicher fahren und gleiten —
Wir fahren an euch vorbei, unter euch durch — da — seht, Stübche rinnen
von den Wänden zu beiden Seiten.
Ihr Brüder! — Und wir sitzen auf Postern, warm, trocken, ruhn, rauchen
— träumen von weißen Betten und Mädchenhüften . . .
Von kühlen, traumlosen Schlaf, Wiedersehen, Freunde, Heimat, von rotem
Wein, stillen Wäldern und Frühlingdüften, —
Ihr Brüder, ihr Brüder . . . und ihr . . .
Wir fahren, wir fahren — fern von euch, in den lachendsten Tanz, in die
schönste Ruh' —
Von eurer Liebe behütet, der Heimat, der Heimat zu!
Heinrich Versh.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Wegweiser durch die Reichsversicherungsbildung und die Versorgungs-
gesetze für Kriegsteilnehmer und ihren Hinterbliebenen. Von Karl J. W. u. g.,
Arbeitersekretär in Burg bei Magdeburg. Selbstverlag des Verfassers.
Preis 1,50 M.

Es ist in der Tat ein Wagnis, wie der Verfasser auch im Vorwort
angeht, bei der reichen Literatur über die R.R.C. eine neue Schrift
herauszubringen. Trotzdem erscheint uns der Augen der Schrift gegeben.
In einem geschichtlichen Ueberblick ist in kurzen Zügen die wirtschaftliche
Konwendigkeit der sozialen Versicherung sowie die Entstehungsgeschichte
und Fortentwicklung dargestellt. Es dürfte dieser Abriss sicher bei
manchem Leser Interesse finden, das Wachsen und Werden der sozialen
Versicherung an der Hand der wichtigsten Daten und Entwicklungsphasen
bis zur jetzt geltenden Reichsversicherungsbildung verfolgen zu können.
Der Abriss gibt auch einen Einblick in die politischen Motive, die neben
den wirtschaftlichen Konwendigkeiten für Staat und Gesellschaft bestimmend
waren, die soziale Zwangsversicherung einzuführen. Die soziale Ver-
sicherung erfaßt heute mindestens 60 Proz. der gesamten Bevölkerung und
ist damit zu einem höchst beachtenswerten Faktor in unserem gesamten
Wirtschafts- und Volksleben geworden. Bei allen anhaftenden Fehlern
und Mängeln hat sie sicher erheblich zur Kräftigung und Gesundung — in
körperlicher und seelischer Beziehung — weiter Bevölkerungsschreie bei-
getragen. Der zweite Teil der Schrift unterrichtet über die gesetzliche
Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihrer Witwen und Waisen. Bei
der langen Dauer des Krieges und der zunehmenden Zahl der Kriegs-
beschädigten, Kriegswunden und Waisen erlangen die gesetzlichen Bestim-
mungen über deren Versorgung eine immer größere Bedeutung für breite
Volksschreie. In kurzen, gemeinverständlichen Erläuterungen wird zu diesen
an sich komplizierten Gesetzesmaterien Stellung genommen und damit dem
in Frage kommenden Personenskreise Gelegenheit gegeben, sich in den ver-
schlungenen Fäden dieser Gesetzgebung zurechtzufinden und sich über die ihnen
zustehenden Rechte zu informieren.

Die Jäger vor! Oberleutnant v. Bülow, einer, der dabei war, schil-
dert in einem der Prologsa unter dem Titel „Die Jäger vor“ erscheinen-
den 1. und 2. Buchlein Gesichte in Wald und Feld, Patrouillengänge streng
und quer, durch Feld und Heide, Handstreife und Angriffe der Schar-
schützen. Ein Auschnitt vom Weltkrieg, wie er ist, wie ihn die todes-
mühtige kleine Einheit findet und erlebt. Das Schicksal des Einzelmannes,
seine Gefahren, sein Sieg oder Tod reißt uns hin, laßt uns zittern und
ahnen, daß das Gelingen oder Versagen der großen Schlachten abhängt
von Gelingen oder Versagen von tausend Einzelkämpfern.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|---|---|
| Josef Friedl, München
Straßenbau
† 25. 3. 1917, 67 Jahre alt. | Heinr. Schuhmacher, Bremen
Nährmann
† 22. 3. 1917, 50 Jahre alt. |
| A. Heider, Charlottenburg
Gasarbeiter
† 28. 3. 1917, 31 Jahre alt. | Otto Stengel, Schweinfurt
Monteur
† 21. 3. 1917, 25 Jahre alt. |
| Karl Klausch, Berlin
Gasarbeiter
† 19. 3. 1917, 58 Jahre alt. | Josef Wiesmeier, München
Straßenbau
† 25. 3. 1917, 72 Jahre alt. |
| G. Isler, Charlottenburg
Gasarbeiter
† 25. 3. 1917, 64 Jahre alt. | Paul Wolfram, Ronsdorf
† 25. 3. 1917, 65 Jahre alt. |

Martin Wylegala, Lübeck
Staubbanarbeiter
† 19. 3. 1917, 31 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

Heinr. Herlikowski, Berlin | **Hermann Laß, Wismar**
am 3. Januar 1917 im Alter | am 8. März 1917 im Alter von
von 43 Jahren gefallen. | 45 Jahren i. Lazarett gestorben.

Albert Kieck, Berlin
am 23. März 1917 im Alter
von 36 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!